

Schwere Anschuldigungen gegen die Stadt Krefeld

## WUZ spricht von geheimer Giftmülldeponie

14. Januar 2022 um 17:42 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Pressegespräch zum Surfpark mit Vertretern von UWG, WUZ, „wir Krefeld“, BIENE und NABU: v.l. Andreas Drabben, Thilo Storck, Veronika Huisman-Fiegen, Ralf Krings und Salih Tachusoglu. Im Hintergrund eine Karikatur von OB Meyer und Stadtdirektor Schön als Surfer. Foto: Lammertz, Thomas (lamm)

**Krefeld. Mit schweren Anschuldigungen gegen die Stadt haben WUZ, Linke und „wir Krefeld“ den Kampf um den Surfpark dramatisch verschärft. Die Rede ist von einer geheimen Giftdeponie. Die Stadt soll Hinweise verschleiert haben .**

---

Von Sven Schalljo und Jens Voss

---

Für eine möglicherweise entscheidende Wendung in der immer hitziger werdenden Debatte um den Surfpark am Elfrather See hat am Freitagnachmittag ein Bündnis um die kleinen Ratsparteien UWG/WUZ, Wir Krefeld und die Linke gesorgt. Unterstützt vom NABU, der Bürgerinitiative BIENE und Attac stellten sie die Behauptung auf, beim Plangebiet handle es sich um eine Giftmüllverdachtsfläche. Damit seien mit dem Bau des Surfparks Risiken verbunden, die nicht abzusehen seien.

WUZ-Ratsherr Ralf Krings kündigte in einer für Freitagnachmittag eilig einberufenen Pressekonferenz mit den genannten Beteiligten an, das Thema zur Anzeige zu bringen, und hielt sich offen, gegen den Surfpark mit dieser Begründung zu klagen. „Das Gebiet war früher eine Mülldeponie. Was dort alles abgeladen wurde, das ist unbekannt. Irgendwann wurde es mit einer Betonplatte versiegelt und zugeschüttet“, behauptet Krings. Konkrete Quellen kann er auf Nachfrage nicht benennen, antwortet aber, dass viele langjährige Anwohner den Sachverhalt aus eigenem Erleben schildern würden.

## ■ INFO

### **Surfpark – wie es weitergeht**

In einer Sondersitzung wird sich der Stadtrat am Donnerstag, 20. Januar, um 17 Uhr mit dem geplanten Surfpark am Elfrather See befassen. In der jüngsten Sitzung des Gremiums am 9. Dezember war die Vertagung auf eine Sondersitzung mit breiter Mehrheit beschlossen worden. Hintergrund sind die umfangreichen Gutachten zu dem geplanten Vorhaben. Wenn der Rat nun am 20. Januar die Offenlage beschließt, haben im Anschluss alle interessierten Bürger sechs Wochen lang Gelegenheit, die Unterlagen zum Bebauungsplan und zur Änderung des Flächennutzungsplans selbst einzusehen und dazu Stellung zu nehmen. Die Stadt Krefeld hat die Rahmenbedingungen für den Bau eines Surfparks am Elfrather See in den vergangenen zwei Jahren prüfen lassen.

„Was ist, wenn sich auf dieser Deponie nun Giftstoffe befinden? Bei Proben wurde beispielsweise die krebserregende Substanz Benzypren (ein aromatischer Kohlenwasserstoff) gefunden. Und zwar in Konzentrationen, die den zulässigen Grenzwert um das Zwölfwache übersteigen“, sagt Krings.

Unterstützung erhält er von Thilo Storck, dem Sprecher der Bürgerinitiative BIENE. „Das Problem ist: Beim Gutachten kam heraus, dass der Boden für das Becken verdichtet werden muss. Das geschieht mit schwerem Gerät und wir befürchten, dass dabei die Abdeckplatte brechen und Grundwasser eindringen könnte. Dabei könnten Giftstoffe ausgeschwemmt werden“, sagt Storck. „Es kann sein, dass alles gut geht – aber es kann auch schief gehen.“

Auch formale Gründe wie das Fehlen einer Durchführungsvereinbarung oder die in Folge der Betonplatte falsche Verteilung der Bohrungen würden, so die Kritiker, eine Offenlage zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich machen. Die Gruppierung, zu der auch der ehemalige Projektbefürworter Salih Tahusoglu („wir Krefeld“) gehört, kritisiert außerdem, dass der Bau nicht mit dem beschlossenen Klimanotfall vereinbar sei. „Eigentlich dürfte kein Ratsmitglied am Donnerstag der Offenlage zustimmen“, sagt Storck.

Zugleich stellten die Ratsmitglieder und die sie unterstützenden Verbände einen umfangreichen Fragenkatalog vor, der nun von der Stadtverwaltung bis zur Sondersitzung abgearbeitet werden soll.

Die Eile und die knappe Terminierung stieß auf Kritik der SPD – „die Anfrage hatten wir gestellt, bevor der Giftmüllverdacht geäußert wurde“. Zur knappen Terminierung sagte der SPD-Ratsherr Jürgen Hengst, planungspolitischer Sprecher der SPD: „Es ist grenzwertig, jetzt so kurz vor der entscheidenden Ratssitzung Fragen zu stellen, die man auch vor eineinhalb Monaten hätte stellen können.“ Ihm erschließe sich nicht, warum sich WUZ, „wir Krefeld“ und Linke erst jetzt zu Gralshütern der Fragen zum Klimaschutz aufwerfen. Die Kurzfristigkeit lasse Zweifel an der Ernsthaftigkeit aufkommen, zumal besonders WUZ von Anfang an vor jeder Begutachtung gegen das Projekt gewesen sei.

Parallel dazu drängte die FDP darauf, dass der Rat die Entscheidung über einen Bauantrag bis zum Satzungsbeschluss auch davon abhängig machen kann, wer genau der Investor ist. „Ob die Elakari GmbH oder die Elakari Estate GmbH oder eine noch zu gründende Gesellschaft mit Investoren und Banken das Vorhaben realisieren wird, steht zurzeit noch nicht fest“, so die Einschätzung der FDP. Dahinter steht die Frage, ob die das Projekt tragende Investoren-GmbH am Ende auch wirtschaftlich stark genug für diese Investition und Vorleistungen ist und einen Rückbau im Falle einer Insolvenz bezahlen kann.

In diesem Punkt rennen die Liberalen wohl offene Türen ein, wie Erklärungen der SPD deutlich machen. Es ist demnach üblich, dass sich bei solchen Großprojekten die Investoren erst nach einem Offenlage-Beschluss und vor dem Satzungsbeschluss (der den Baustart ermöglicht) endgültig Rechtsform und Namen geben. Zugleich liege die Entscheidung über einen Satzungsbeschluss natürlich bis zum Schluss beim Rat. SPD-Fraktionschef Benedikt Winzen sieht dann auch in dem „Vorbehalt“, den die Liberalen formulieren, kein Problem. „Veränderungen der Gesellschafterstrukturen oder sogar Neugründungen sind bei Investitionsvorhaben nicht unüblich“, erklärte er. „Neben dahinterliegenden – und aus Sicht jedes privaten Investors nachvollziehbaren – Überlegungen zur Risikominimierung sind solche Strukturen auch zur Akquise weiterer Investitionsmittel erforderlich“, so Winzen weiter, „dies wurde seitens Elakari stets offen kommuniziert. Insofern sieht die SPD-Fraktion in einer solch vollkommen marktüblichen Konstellation, die entsprechende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vorausgesetzt, keinen Hinderungsgrund.“

Mehr noch: Eine Baugenehmigung kann laut Winzen ohnehin solange nicht erteilt werden, bis ein Durchführungsvertrag mitsamt dem Prüfungsergebnis zur Leistungsfähigkeit des Bauträgers vorliegt. „Ansprüche des Investors gegenüber der Stadt ergeben sich bis dahin nicht, Planungshoheit und Planungsermessen liegen weiterhin in den Händen von Stadt und Rat.“ Aus Sicht der SPD-Fraktion sei es richtig und wichtig, all diese Detailfragen zu diskutieren. „Hierfür ist aber das weitere Bebauungsplanverfahren ohnehin die Grundlage, der Beschluss der Offenlage steht dem nicht im Wege.“

Der langjährige Planungspolitiker Jürgen Hengst, ergänzte, er habe es bei einem Großprojekt noch nie erlebt, dass schon zum Offenlage-Beschluss die Konstruktion der Investorengrupe feststand; sie habe sich stets danach herausgebildet. Erst dann sei der Investor in die Verhandlungen mit der Stadt gegangen, in denen auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ermessen werde. Bis zum Satzungsbeschluss hätten Stadt und Rat jederzeit die Entscheidungshoheit über das Projekt.

Heißt indirekt: Wenn die Bedingung der FDP erfüllt ist – und nichts spricht aus SPD-Sicht dagegen, sie zu erfüllen – gehört die FDP zu den Befürwortern des Offenlagebeschlusses.